

## Jetzt die Zukunft des Euro vorbereiten!

*Ein Text der Deutsch-französischen Reflexionsgruppe (11.-12. Februar 2016)*

**Die Eurozone ist auf halbem Weg stecken geblieben. Deutschland und Frankreich müssen deshalb nun ihre Denkverbote überwinden und eine neue Diskussion über die Zukunft der Währungsunion anstoßen.**

Nach dem Schuldenstreit um Griechenland und der Drohung mit dem „Grexit“ im Sommer 2015 hat sich die Debatte um den Euro wieder beruhigt. Die Eurokrise ist vorbei, die wichtigsten Reformen wurden beschlossen und müssen nur noch umgesetzt werden, glauben viele in Berlin und Paris.

Doch dieser Eindruck täuscht. Denn Griechenland ist noch nicht im sicheren Hafen angekommen, ein Grexit ist weiter möglich. Außerdem stellt nun Großbritannien im Vorfeld des geplanten Referendums über den EU-Austritt („Brexit“) die Eurozone auf die Probe: London hat beim EU-Gipfel im Februar erfolgreich Garantien für den britischen Finanzsektor gefordert, ohne sich selbst auf Solidarität mit den Mitgliedern der Währungsunion zu verpflichten.

Die Euro-Länder können sich daher nicht beruhigt zurücklehnen und auf bessere Zeiten warten. Die Debatten um Grexit und Brexit zeigen, dass kritische Fragen zum Euro nicht auf die Zeit nach den Wahlen in Frankreich und Deutschland 2017 verschoben werden dürfen. Auch der Reformstau in vielen Euroländern, die hohe Arbeitslosigkeit und das schwache Wachstum sowie die Tatsache, dass die Eurozone in diesen beiden Bereichen immer noch unter dem EU-Durchschnitt liegt und damit

auch weiterhin hinter den USA zurückbleibt, mahnen zu Vorsicht.

Die Umfragen beweisen, dass die Bürger der Eurozone generell ein positives Bild von der gemeinsamen Währung haben. Viele fragen sich aber, was der Euro ihnen eigentlich bringt und warum so wenig von dem verwirklicht werden konnte, was bei seiner Einführung versprochen worden ist. Zum Beispiel: Wieso wurde das Versprechen auf Arbeit und Wohlstand für alle nicht eingelöst? Wieso werden Reformen verschleppt und Regeln gebrochen? Kann die Eurozone eine neue Finanz- und Bankenkrise überleben, sind die Ersparnisse wirklich sicher?

Auch bei Experten bleibt die europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) umstritten. Sie hat weder die im Maastricht-Vertrag verankerte wirtschaftliche Konvergenz noch den von Brüssel versprochenen Wohlstand für alle gebracht. Die Volkswirtschaften der Eurozone driften immer mehr auseinander, Südeuropa droht – trotz bedeutender Anstrengungen der letzten Jahre – dauerhaft abgehängt zu werden. Portugal, Spanien und auch Italien stehen unter finanziellem, aber auch politischem Stress.

Auch Frankreich ist wirtschaftspolitisch ins Hintertreffen geraten. Viele Franzosen glauben, dass nur Deutschland die Vorteile einer gemeinsamen Währung genießt. Nicht wenige Menschen in der Bundesrepublik sind wiederum der Meinung, dass alle anderen Euroländer vom deutschen Geld profitieren und nicht genug tun, um die Krise zu überwinden. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist auf

halbem Weg stehen geblieben und stellt niemanden wirklich zufrieden.

Deutschland und Frankreich müssen alle diese Fragen ernst nehmen und Antworten geben. Es ist ihre gemeinsame Verantwortung, denn sie haben den Euro einst gemeinsam aus der Taufe gehoben und seit 2008 einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass die Eurozone nicht implodiert ist. Beide Hauptstädte müssen wieder miteinander inhaltlich ins Gespräch kommen und ihre Europartner miteinbeziehen, um klare Ziele zu definieren, damit die WWU gestärkt aus der Krise hervorkommt.

Doch statt die zum Teil selbst verschuldeten, zum Teil in der „Governance“ des Euro bedingten Probleme offen anzusprechen, spielen Paris und Berlin auf Zeit. Erst nach 2017 wollen sie die strukturellen Probleme angehen und neue Reformen wagen. Damit versagen beide Länder in ihrer historischen Vorreiterrolle. Sie bilden keinen "Motor" mehr und gehen große Risiken ein.

Sie riskieren nicht nur einen „Betriebsunfall“ in Griechenland, sondern auch eine zunehmende Entfremdung in den deutsch-französischen Beziehungen und weitere Skepsis unter der Bevölkerung. Bei den Wahlen 2017 könnte sich dies bitter rächen.

### **Die Zukunft denken und gestalten**

Die deutsch-französische Reflexionsgruppe appelliert daher an Berlin und an Paris, den Dialog um die Zukunft der Eurozone wieder aufzunehmen. An Analysen und Handlungsempfehlungen – deutsch-französische Positionspapiere und europäische Reformvorschläge – mangelt es nicht.

Vereinfacht gesehen, gibt es zwei Optionen, damit die Währungsunion mittelfristig reüsiert.

*Option eins:* Mehr Integration, um die Währungsunion mit einer gemeinsamen Haushalts-, Fiskal-, Wirtschafts- und eventuell Sozialpolitik zu vollenden. Dieser integrative Quantensprung würde zu einer Politischen Union führen und könnte mit der Schaffung einer Wirtschaftsregierung erreicht werden. Konkret könnte dies z.B. bedeuten: Eurozonen-Budget, Euro-Parlament, Finanzministerium für den Euroraum. Auch neue Wege der demokratischen Legitimierung müssten in diesem Fall gefunden werden.

Wichtig ist aber zu verstehen, dass mehr finanzielle Solidarität und gemeinsames Risiko einzugehen, ohne zusätzliche Souveränitätsverschiebung auf die EU-Ebene und den strikten Respekt der gemeinsamen Regeln, absolut nicht denkbar ist. Beide Facetten können nicht getrennt werden. Eine solche Option ist insofern nur möglich, wenn alle Mitglieder sich zu beiden Seiten einer weiteren Integration verpflichten.

*Option zwei:* Ein dezentrales Modell, sprich weniger Integration, ist ebenfalls denkbar. Eine Rückkehr zu mehr Subsidiarität in der Finanz- und Wirtschaftspolitik würde den Mitgliedern der Eurozone mehr nationalen Handlungsspielraum und mehr Eigenverantwortung geben. In diesem Fall wäre die finanzielle Solidarität unter den Mitgliedern der Eurozone begrenzt.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) müsste angepasst werden, z.B. um die privaten Anleger stärker einzubeziehen, und neue Wege der Restrukturierung von Staatsschulden müssten definiert werden. Eine Insolvenzordnung für Mitglieder in großer finanzieller Not wäre notwendig. Die Logik dieses Modells ist es, dass die Gefahr eines Euro-Austritts zu mehr Disziplin und Konvergenz führen würde.

Beide Optionen (mehr Integration oder mehr Subsidiarität) könnten zum Ausscheiden mancher Mitglieder aus der Eurozone führen – im

ersten Fall, weil sich einige weniger integrationsfreudige Euroländer entscheiden könnten, nicht mitzumachen; im zweiten Fall, weil einige Mitglieder es möglicherweise nicht schaffen würden, dabei zu bleiben.

Bisher ist die WWU darauf aber nicht vorbereitet. Es fehlt auch an Mechanismen, um Haftung und Kontrolle wieder in Einklang zu bringen, wie dies die Notenbankchefs von Deutschland und Frankreich, Jens Weidmann und François Villeroy de Galhau angemahnt haben. Beide skizzierten Optionen würden dazu führen. Nur die aktuelle Position in der Mitte nicht.

Was fehlt in der Eurozone, ist der politische Wille, diese Optionen und die damit verbundenen Herausforderungen offen anzusprechen und dabei auch lieb gewordene Tabus zu brechen. Die Liste der Themen ist lang; wir wollen und können hier nur einige Beispiele nennen.

- Was passiert, wenn Griechenland erneut scheitert, ist ein viertes Hilfspaket wirklich denkbar?
- Was geschieht, wenn in einem großen Euro-land Populisten oder Eurogegner an die Macht kommen?
- Was wären die Konsequenzen eines Brexit für die Eurozone?
- Kann eine Währungsunion überhaupt ohne politische Bindung und finanzielle Solidarität überleben?
- Muss der Euro zentral von den EU-Institutionen (vor allem der Europäischen Zentralbank und der Kommission) gesteuert werden, oder brauchen die Mitglieder wieder mehr Entscheidungsfreiheit – vielleicht sogar bis hin zu einem Austritt?

Deutschland und Frankreich sind gefordert, Führungsverantwortung zu übernehmen. Wenn sie es nicht tun, könnten sich die EU- und Eurogegner dieser Themen bemächtigen und das Erreichte gefährden. Es wird daher

höchste Zeit, dass Berlin und Paris wieder miteinander ins Gespräch kommen, klare Ziele definieren und ihre Partner in die Diskussion einbeziehen. Dies schließt ausdrücklich auch Länder wie Italien oder Spanien ein, die bereits ihre Bereitschaft zu konstruktiver Mitarbeit bekundet haben.